



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Januar 2007

Über 46 000 Mitglieder und
Sympathisanten

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 115

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander
Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm
Rudolf Syz, Unternehmer

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

«Die direkte Demokratie ist die Möglichkeit, Nein zu sagen»

Auszüge aus der Ansprache von Bundesrat Christoph Blocher vor der Arbeitsgruppe für ein einheitliches europäisches Privatrecht vom 13. Dezember 2006.

Was ist die Schweiz? Zunächst ist sie ein Teil Europas, sie will aber der EU nicht angehören. Und doch gehören wir alle, die hier versammelt sind, rechtsstaatlich verfassten, demokratischen Staaten an.

Das Unterscheidende ist lediglich die Tatsache, dass die schweizerische De-



mokratie eine direkte Demokratie ist. Was ist damit gemeint? In der Schweiz meint direkte Demokratie das Recht des Volks, in letzter Instanz über jedes vom Parlament beschlossene Gesetz befinden zu können. Diese Art der Demokratie, also Volksherrschaft, ist auch der Hauptgrund, warum die Schweiz nicht der EU angehört. Denn das Volk hat die Möglichkeit an der Urne zu allen entsprechenden Vorlagen Nein zu sagen.

Und das ist mit dem EU-Beitritt unvereinbar.

Was heisst direkte Demokratie?

Was heisst direkte Demokratie im konkreten politischen Alltag? Eine Volksabstimmung über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz kommt dann zustande, wenn innerhalb von 100 Tagen nach Erlass des Gesetzes 50 000 Stimmberechtigte eine Volksabstimmung verlangen. Heissen die Stimmberechtigten das Gesetz gut, so kann dieses in Kraft treten. Andernfalls ist es gescheitert. Die Abstimmung hat also weder bloss konsultativen noch plebiszitären Charakter. Deshalb kann die Regierung auch nach einer Abstimmungsniederlage im Amt bleiben, und auch das Parlament wird in diesem Fall nicht aufgelöst. Müsste die Regierung nach jeder verlorenen Abstimmung abtreten, dann hätten wir wahrscheinlich mehr Regierungswechsel zu verzeichnen als Italien.

Bedeutung der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie ist die Möglichkeit, Nein zu sagen. So wissen alle politischen Akteure in der Schweiz – angefangen von den politischen Parteien über den Bundesrat bis hin zum Parlament – nur zu gut, dass es ihnen nichts nützt, von einer Vorlage überzeugt zu sein, wenn sie schliesslich nicht auch die Stimmberechtigten überzeugen können. Die Referendumsmöglichkeit begleitet so die Gesetzgebung von Beginn weg. Den Wert der direkten Demokratie könnte man folglich als

EDITORIAL
EDITORIAL

Stärkung der Volksrechte

Der schleichende EU-Beitritt, der von Bundesräten, Parlamentariern und anderen Kreisen vorangetrieben wird, schwächt zunehmend unsere direkte Demokratie und unsere Unabhängigkeit. Das devote Anpassertum und der vorausseilende Gehorsam gegenüber «Brüssel» führen uns letztlich in die EU und müssen gestoppt werden.

Die AUNS will deshalb eine **Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte** lancieren. Aussenpolitische Verträge sollen künftig vermehrt obligatorisch dem Volk und den Ständen unterbreitet werden müssen. Die zwingende Übernahme von EU-Recht und der Verlust an direkter Demokratie müssen verhindert werden.

Wir sind deshalb ganz besonders auf Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen und bitten Sie, den Jahresbeitrag aufzurunden (Einzahlungsschein liegt bei).

Wir zählen auch im Jahr 2007 auf Sie und danken für Ihre Unterstützung.

AUNS-Geschäftsstelle

«Prävention gegen bürgerfeindliche Gesetze» bezeichnen.

Kein rechtlicher Einheitsbrei

Christoph Blocher warnte sodann vor einem rechtlichen Einheitsbrei in Europa und gleichgeschalteten Gesetzen. Dies sei mit der schweizerischen direkten Demokratie nicht vereinbar:

«Die Erfahrung der letzten Jahre und

Jahrzehnte lehrt auf jeden Fall, dass unterschiedliche Privatrechtsregelungen einem regen Austausch von Gütern und Dienstleistungen nicht im Wege stehen. Dies gilt auch und gerade zwischen der

Europäischen Union und der Schweiz. Viel wichtiger als gleiches Privatrecht ist eben, dass sich alle Beteiligten – Staaten wie Private – an bestimmte grundlegende Werte halten. Ich denke

da beispielsweise an den Schutz des Eigentums und der Vertragsfreiheit, aber auch an den Schutz der Persönlichkeit.»

Freiheit und Unabhängigkeit.

EU-News.

Überbordende EU-Bürokratie

- Die 24 000 Brüsseler EU-Bürokraten verbrauchen pro Tag durchschnittlich 15 Tonnen Papier, pro Jahr also über 5000 Tonnen – und zwar für Erlasse, Richtlinien, Rechtsakte und ähnliche Publikationen und Bekanntmachungen.

[www.europa-digital.de]

- Allein in den Jahren 1998 bis 2004 hat die EU-Bürokratie rund 23 000



Vom EU-Gerichtshof Luxemburg (Bild) erscheinen jährlich Urteile und rechtliche Publikationen/Erläuterungen im Umfang von 360 000 Seiten.

[www.europa-digital.de]

Erlasse und Rechtsakte in die Welt gesetzt. Davon konnten vom Deutschen Bundestag nur 4000 verabschiedet werden. 19 000 mussten direkt ins deutsche Recht übernommen werden.

[Oberbayerisches Volksblatt, 2.5.2004]

(Wo bliebe da die schweizerische Souveränität?)

- Allein im Jahr 2002 erschienen 954 Nummern des EU-Amtsblattes mit über 700 000 Seiten. Zusätzlich erschienen 6750 weitere Publikationen mit fast 600 000 Seiten.

[www.europa-digital.de]

Nichts gelernt

Die EU scheint aus der überhasteten Erweiterungsrunde 2004 nichts gelernt zu haben. Damals wurden gleich 10 neue Staaten aufgenommen, obwohl bei manchen bezüglich der «EU-Reife» mehr als berechtigte Zweifel bestanden. Und nun strebt Brüssel per Ende 2007 die Ausweitung des Schengener Abkommens auf die Neumitglieder an, was den Wegfall der Kontrollen an den entsprechenden Grenzen zur Folge hätte. Trotz grösster Bedenken soll rasch ein grenzenloses Europa geschaffen werden. Dies ungeachtet der Tatsache, dass laut dem österreichischen Verteidigungsminis-

terium im Jahr 2005 – per Stichtag 18. September – im Rahmen des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres an den Grenzen zu Ungarn und zur Slowakei 1640 illegale Grenzgänger aufgegriffen und weitere 450 am Grenzübertritt gehindert wurden. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass Brüssel bereits heute mit der Sicherung der Aussen Grenzen heillos überfordert ist, wie der Massenansturm illegaler Einwanderer aus Afrika auf die Kanaren oder Lampedusa zeigt.

[Andreas Mölzer, EU-Abgeordneter in «Junge Freiheit», Berlin, 15.12.2006]

64 Prozent der Deutschen gegen EU-Erweiterung

(AP, 18.12.2006) Fast zwei Drittel der Deutschen sind gegen eine Fortsetzung der EU-Erweiterung. Nur 30 Prozent sprachen sich in einer Erhebung der EU-Kommission, die am 18.12.2006 veröffentlicht wurde, für die Aufnahme weiterer Staaten in die Union aus. EU-weit befürworteten dagegen 46 Prozent eine Fortsetzung der Erweiterung.

AUNS-Standpunkt: Kein Wunder: Die Deutschen, welche die Hauptlast des EU-Haushaltes tragen müssen, sehen die Sache etwas anders als jene, die (vorläufig) noch profitieren, so lang andere bezahlen. Auch die Schweiz wäre als Brüsseler Milchkuh äusserst begehrt.

Holland versinkt in EU-Skepsis

Seit dem vernichtenden Nein der Holländer zur EU-Verfassung im Jahre 2005 und nach dem **Parlaments-Wahlsieg der EU-Gegner** im vergangenen November, zeigt sich in den Niederlan-



Vom Winde verweht ...

Karikatur: Paulmichl

den mehr und mehr eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der EU und der europäischen «Integration». Die einzige Partei, die im jüngsten Wahlkampf versuchte, mit «Europa» zu punkten, die kleine progressive-liberale D66, musste drei ihrer sechs Mandate abgeben. Gewonnen haben vor allem anti-europäische Parteien wie die rechtskonservative Freiheitspartei und die linkspopulistische SP. Das Nein des Volkes zur EU-Verfassung hat gemäss Wim Couwenberg, Chefredaktor der Zeitschrift für politische Philosophie und Kultur «Civis Mundi», dazu geführt, dass die Elite im Land

unsicher geworden sei. Einen weiteren Grund für die EU-Skepsis sieht Couwenberg darin, dass in der Regierung bis vor kurzem selten über nationale Interessen diskutiert worden sei, weil man dies als «ordinär» empfunden habe. [gemäss NZZ vom 15.12.2006]

AUNS-Standpunkt: Wir haben für die EU-Skepsis der Holländer vollstes Ver-

ständnis: Wenn die Regierung bzw. die «Eliten» eines Landes die Wahrung nationaler Interessen als «ordinär» einstufen, so haben sie wahrlich ihren «Beruf»



fehlt. Dies gilt gleichermaßen für die «Eliten» der Schweiz (Bild: Sitz der EU-Kommission in Brüssel).

Die EU und die Türkei

Die (Beitritts-)Verhandlungen der EU mit der Türkei quälen sich dahin. Jüngst stellte das EU-Parlament der Türkei ein

denkbar schlechtes Zeugnis aus. Im entsprechenden Bericht wird (schönfärberisch) eine «Verlangsamung des Reformprozesses» beklagt. Die Verfolgung von missliebigen Publizisten und der Druck auf Christen habe zugenommen. Zudem kann im Fall der Türkei das Muster der parallelen «Demokratisierung» und «Verwestlichung» nicht funktionieren. Wird der Einfluss des Militärs zurückgedrängt, so bricht die noch kontrollierte islamische Welle voll durch. Im Falle eines EU-Beitritts muss zudem mit einer massenhaften Migration gerechnet werden. Der SPD-Aussenpoli-

tiker Hans-Ulrich Klose erwartet etwa 5 Millionen türkische Einwanderer allein nach Deutschland sowie immense Kosten. Schätzungen gehen von bis zu 28 Milliarden Euro jährlich aus. [Junge Freiheit, Berlin, 13.10.2006]

AUNS-Standpunkt: Was hätten wir Schweizer bei Personenfreizügigkeit mit der Türkei zu erwarten?

Schweiz und EU.

Gerold Bührer, FDP-Nationalrat und economiesuisse-Präsident:

«Die steuerpolitische Souveränität ist nicht verhandelbar.»

Im Wissen, dass in der EU selbst keine Mehrheit für eine Harmonisierung nach dem Gusto der Hochsteuerländer zu haben ist, scheint man zur Ablenkung nur allzu gerne auf die Schweiz auszuweichen. Wenn schon in zentralistischer Manier von wettbewerbspolitischen Verzerrungen gesprochen wird, müsste man sich in Brüssel zunächst selbst den Spiegel vorhalten.

Die EU müsste zudem endlich zur Kenntnis nehmen, dass unser Land steuerpolitisch souverän ist. Dies

heisst, dass die Schweiz legitimiert bleibt, auf Steuervorteile im internationalen Wettbewerb zu bauen. Eine Politik, welche schliesslich auch von einer ganzen Anzahl von EU-Staaten mit Erfolg betrieben wird. Die Steuerharmonisierung innerhalb der EU ist ohnehin spätestens mit dem Eintritt der zehn Neuen vom Tisch. Dies ist mit Blick auf die Standortattraktivität, das Wachstum und die Arbeitsplätze auch gut so. Denn höchstens in den Augen realitätsfremder Ideologen ist Steuerwettbewerb etwas Schädliches.

Als Nichtmitglied der EU liegt es schliesslich in unserer eigenen Verantwortung, eine Steuerpolitik in unserem nationalen Interesse zu betreiben. Wir brauchen uns jedenfalls nicht für eine erfolgreiche Standortpolitik zu ent-

schuldigen. Die Steuerpolitik darf daher auch nie zur Verhandlungssache werden. Im Gegenteil, die Politik ist vielmehr verpflichtet, die Anliegen der schweizerischen Volkswirtschaft nachdrücklich und konsequent zu verfolgen.

Wirtschaftsprofessor Dr. Franz Jaeger:

«Weltoffenstes Land!»

Im Wettbewerb mit 62 Ländern (= 96% des Welt-Bruttoinlandproduktes) figuriert die Schweiz an der Spitze der globalisierten Länder, knapp hinter Singapur und vor den USA und Irland. Vor allem unsere grossen Europeanachbarn, deren Politiker und Meinungsmacher nicht müde werden, uns mehr Offenheit anzumahnen,

liegen selbst hinsichtlich wirtschaftlicher, technologischer und personeller Verflechtung mit dem Rest der Welt weit abgeschlagen hinter uns. Das erstaunt keineswegs: So etwa machen unsere grenzüberschreitenden Leistungsströme (Importe und Exporte) bereits 90 Prozent, unsere Direktinvestitionen im Ausland 127 Prozent und unsere Nettovermögen im Ausland 114 Prozent am Bruttoinlandsprodukt aus. Sodann beschäftigen Schweizer Firmen 2 Mio. Personen im Ausland und rund 200 000 ausländische Grenzgänger in der Schweiz. Der rekordhohe ökonomische, demografische und kulturelle Öff-

nungs- und Globalisierungsgrad – verbunden mit einer lehrbuchhaften politischen Eigenständigkeit – war es denn auch, der unsere aussenwirtschaftlich orientierten Grosskonzerne plus immer mehr auch ausländische Hightech-Nischen bedienende KMU zu globalen Spitzenreitern heranwachsen liessen. Er hat uns also die im internationalen Vergleich fast paradiesischen Einkommens- und Beschäftigungsoptionen beschert.

All jenen Politikern und Intellektuellen, Diplomaten und Beamten, die es nicht lassen können, mit einer politischen Integration unseres Landes – jenseits des

bilateralen Wegs – zu liebäugeln, sei der hohe Preis dafür in Erinnerung gerufen. Ökonomische bzw. soziokulturelle Öffnung und politische Integration bedingen sich keineswegs gegenseitig, ja schliessen sich in einem kleinen direktdemokratischen Staat wie der Schweiz aus.

[Finanz und Wirtschaft,
30.12.06, Auszug]

Bestellen Sie dazu die Broschüre «Die Schweiz und die Europäische Union» mit Vorträgen von Prof. Franz Jaeger, Dr. Tito Tettamanti und Dr. Klaus von Dohnanyi. Bestellkarte benutzen oder via www.auns.ch

Identität Schweiz. Wirtschaftsstandort Schweiz.

Zur Identität Schweiz:

- Wirtschaft und Politik sind Kernelemente der Schweizer Identität.
- Die politische Identitätskraft fusst auf dem Glauben an den Sonderfall mit Unabhängigkeit und Neutralität und auf dem Partizipationsmodell aller Bürger und Bürgerinnen und aller staatlichen Akteure untereinander.
- Die wirtschaftliche Identifikationskraft fusst auf dem Glauben an die Stärke und Qualität einheimischen Wirtschaftsschaffens.
[bulletin, Magazin der Credit Suisse, Nr. 5/2006]

«Je pense, donc je suisse».

Die Schweiz als Willensnation funktioniert nach wie vor sehr gut. Drei Viertel der Bevölkerung sind stolz, eine Schweizerin, ein Schweizer zu sein. Die Wirtschaft besitzt hohes Ansehen und eine ähnlich grosse Identitätskraft wie die Politik – dies einige Erkenntnisse der dritten Bulletin-Umfrage «Identität Schweiz».

«Suiza no existe» – das vom Künstler Ben Vautier kreierte Motto des Schweizer Pavillons an der Weltausstellung 1992 in Sevilla erschütterte das Land. Ist die Schweiz nur noch fähig, sich auf negative Art zu definieren? 15 Jahre nach dem Schweizer Jubiläumjahr bestätigen sich diese Zweifel nicht. Die grosse Mehrheit der Bürgerinnen und

Bürger stehen zur Schweiz und zu den wesentlichen Elementen, die ihre Identität ausmachen. Nun gilt der in Sevilla weitgehend ignorierte Zusatz «Je pense, donc je suisse».

[Credit Suisse emagazine, 2006]

Ein fast wolkenloser Wirtschaftshimmel über der (EU-freien) Schweiz

Ende 2006 strahlt ein fast wolkenloser Himmel über der Schweizer Wirtschaft, und trotzdem liegen uns Armut, AHV und Arbeitslosigkeit auf dem Magen. Völlig zu Unrecht, findet Beat Kappeler (NZZ am Sonntag, 24.12.2006).

Denn erstens gibt es, so Beat Kappeler, die «Million Arme» in der Schweiz nicht, die der Blick vor kurzem als Echo auf eine Studie des «ehemals seriösen Hilfswerks Caritas» suggerierte. Zweitens erhalten Arme in der Schweiz sehr schöne Fürsorgemittel und andere Transfers der Sozialversicherungen (...).

Das sind die Zahlen:

3 Prozent der Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind arbeitslos – **aber 97 Prozent haben eine Beschäftigung**. Die «arbeitenden Armen» (die Working Poor) machen 4 Prozent der Beschäftigten aus – **aber 96 Prozent können von ihrem Einkommen leben**. Die Löhne steigen nächstes Jahr 2 Prozent – und verdoppeln sich so alle 25 Jahre. Trotz der traditionellen Angst im Frühjahr, dass Lehrstellen fehlen, waren im

August **3500 Stellen nicht besetzt**; im Augenblick bietet allein die Maschinenindustrie **1000 offene Lehrstellen** für Polymechaniker an.

Der Verkauf schweizerischer Firmen an ausländische Gruppen ist für viele störend. Doch kaufen die Schweizer Firmen eher mehr im Ausland auf, und sie beschäftigen dort schon zwei Millionen Leute. Das spült viel Geld zurück in die Schweiz für einfache wie hoch bezahlte Dienstleistungen.

Starkes Wachstum in der Schweizer Industrie

Die positive Entwicklung in der Schweizer Industrie hält an. Die Indikatoren wiesen im 3. Quartal 2006 weiterhin nach oben. Die Produktion wuchs im Vergleich zum Vorjahresquartal um 8,2 Prozent und der Umsatz um 9,1 Prozent. Auch die Auftragseingänge (+10,1 %) und die Auftragsbestände (+7,4 %) verzeichneten hohe Zuwachsraten. Entscheidend für diese Entwicklung war das gute Abschneiden der Verbrauchs- und Investitionsgüterproduktion. Nach Branchen aufgeteilt zeigen die Elektro- und feinmechanische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau allesamt Wachstumsraten über 10 Prozent.

Der positive Geschäftsgang in der Schweizer Industrie wirkt sich auch weiterhin auf den Arbeitsmarkt aus. Das Beschäftigungsbarometer des Bun-

desamtes für Statistik zeigt einen starken Anstieg in diesem Sektor.
[Bundesamt für Statistik, Medienmitteilung vom 18.12.06]

Die Schweiz verhindert den langfristig teuren EU-Einheitsbrei

Zurzeit geistert die Idee herum, die Schweiz solle der EU-Zollunion beitreten. Zwar würden damit sämtliche Grenzkontrollen für Waren wegfallen. Dagegen müsste die Schweiz die eigenständige Aussenhandelspolitik (u.a. keine Freihandelsabkommen mehr) und ihren Sitz in der Welthandelsorganisation WTO abgeben sowie die höheren EU-Aussenzölle für Waren übernehmen. Dr. Beat Kappeler warnt in der NZZ am Sonntag vom 17.12.2006: «Die Zollunion würde den frohgemuten «Weltgang» der Schweiz verunmöglichen. Denn dank eigener Aussenhandelspolitik und Währung, dank dem



befindet sich die Schweiz keineswegs im Alleingang. Ausserdem stärkt die Schweiz mit ihrer Unterbietung an Regeln und Steuern jene EU-Staaten, die davon auch nichts mehr hören wollen. Die Schweiz verhindert den langfristig teuren EU-Einheitsbrei des ganzen Kontinents durch Standhaftigkeit, auch wenn dies kurzfristig da und dort ein paar Promille kostet.»

AUNS-Standpunkt: So lange die Schweiz unabhängig bleibt, so lange die direkte Demokratie und die Neutralität hochgehalten werden, und so lange sich Leistung lohnt und so lange ein gesunder Wettbewerb spielt – so lange wird es

uns besser gehen als jenen, die in undemokratische, gleichgeschaltete Grossgebilde eingebunden sind und ihre Handlungsfreiheit und ihre Souveränität preisgegeben haben.

Schirm der Nichtdiskriminierung in der WTO und der viel stärkeren Integration mit Investitionen und Handel in die weite Welt, als die EU es zuwege bringt,

Schweizer Neutralität.

Neutralitätswidrige, führungsschwache Politik

Bundesrätin (und nunmehr Bundespräsidentin) Calmy-Rey profiliert sich weiterhin als eigentliche **Totengräberin der schweizerischen Neutralität**. Ihre Selbstinszenierungen und Neutralitätsverstösse reichen von der lächerlichen «Grenzüberschreitung» in Korea, über die Verschleuderung von vielen Millionen Steuerfranken für die so genannte «Genfer Nahost-Initiative», über ihre «im Namen der Schweiz» geäusserte Forderung nach einem unabhängigen Kosovo bis zur offiziellen Kritik an der Todesstrafe für Saddam Hussein. Es muss befürchtet werden, dass sie die schweizerische Neutralität der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten in ihrem Präsidentschaftsjahr vollends ersetzen wird durch die verfehlt «aktive Neutralität» – also durch einen zusätzlich gesteigerten aussenpolitischen Aktivismus und eine noch grössere Geldverschleuderung zum Schaden der Schweiz.

Dabei hätte die Bundespräsidentin allen Grund, in ihrem Departement Ord-

nung zu schaffen. Die sonst sehr zurückhaltende Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates hat im vergangenen Dezember ein schwerwiegendes **Führungsdefizit auf Stufe der Departementchefin** angeprangert, sowohl in «strategischer wie auch in systematischer Hinsicht». So geniesse Walter Fust, der ihr unterstellte Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), der über ein Budget von 1,3 Milliarden verfügt, praktisch Autonomie und es mangle an Transparenz und einer klaren Prioritätensetzung. Man wisse nicht, wo Calmy-Rey und Fust die teilweise erheblichen Summen der Entwicklungshilfegelder einsetzen.

[gemäss Tagesanzeiger, 12.12.2006]

«Dringender Handlungsbedarf»

Die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission ortet «dringlichen Handlungsbedarf» bei der Führung der DEZA durch Bundesrätin Calmy-Rey. Kritisiert wird die ungenügende Schwerpunktbildung bzw. Verzette-

lung der Entwicklungshilfe, und zwar sowohl geografisch als auch thematisch. Offiziell gibt es derzeit 17 Schwerpunktländer; vom 1300 Millionen-DEZA-Budget werden aber nur 18 Prozent direkt in einem solchen Land eingesetzt. **46 Prozent sind nicht klar zugeordnet**, sondern werden internationalen Organisationen, vor allem der UNO, und privaten Hilfswerken weitergegeben (wo eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder praktisch unmöglich ist). 13 Prozent fließen in «sonstige Länder»; darunter finden sich auch Ausgaben für Kongresse, Forschungsobjekte und die Öffentlichkeitsarbeit in der Schweiz.

[gemäss NZZ vom 12.12.2006]

AUNS-Standpunkt: Die AUNS wird der neuen Bundespräsidentin weiterhin konsequent auf die Finger schauen. Auf dem Spiel stehen unsere Neutralität und Sicherheit sowie Steuerfranken in Milliardenhöhe.

Schweizer Milizarmee im eigenen Land, für das eigene Land

Die AUNS will eine moderne, starke Milizarmee, die ihren Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung erfüllen kann: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.» In diesem Sinn wollen wir eine bedrohungsgerechte Verteidigungs- und Schutzarmee mit allgemeiner



Wehrpflicht – eine Armee im eigenen Land, für das eigene Land. Schweizer Soldaten haben bei Auslandseinsätzen nichts zu suchen; bestehende Ausland-Kontingente sind abzubauen und keinesfalls auszuweiten. Auch die Ausbildung hat (mit Ausnahme der Luftwaffe) im eigenen Land stattzufinden, dort, wo die Armee nötigenfalls auch zum Einsatz kommt.

Als starkes Symbol dafür, dass wir bereit sind, unser Land und die Bevölkerung zu schützen und notfalls mit der Waffe zu verteidigen und als Vertrauensbeweis des Staates in den Milizsoldaten, hält die AUNS am weltweit einzigartigen Prinzip «Ordonnanzwaffe und Munition zu Hause» und an der schweizerischen Schützentradiation fest.

In diesem Sinn hat die AUNS die nachstehend in stark gekürzter Form publizierten Vernehmlassungen eingereicht:

- Die AUNS lehnt den **Entwicklungsschritt 08/11** ab, weil der Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung mit der massiven Reduktion der Kampfformationen und dem untauglichen, unrealistischen «Aufwuchskonzept» nicht erfüllbar ist und ein neutralitätswidriges Verteidigungsbündnis nötig machen würde.
- Die AUNS weist auch die **Revisionsvorlage 09**, welche Schweizer Milizsoldaten zu Ausland-WKs und Berufskader zu Auslandseinsätzen verpflichten will, zurück, weil solche Einsätze neutralitäts- und verfassungswidrig sind. Unter dem Vorwand, die Ausbildungsbedürfnisse könnten im eigenen Land nicht abgedeckt werden, geht es VBS-Spitzenfunktionären offensichtlich darum, militärische Auslandseinsätze zu forcieren und die Milizarmee schrittweise zur Profiararmee umzubauen, die im Ausland besser einsetzbar ist. Damit soll letztlich die Ausland-Kooperation im Rahmen der EU und/oder der NATO vorangetrieben werden.

Neue Rekordzahl an Untauglichen

Im Jahr 2005 waren 43,5 Prozent aller wehrpflichtigen Schweizer militärdienstuntauglich; damit wurde erstmals die 40 Prozent-Marke deutlich überschritten. Bereits während des Rekrutierungsverfahrens im Jahr 2005 waren 39 Prozent der 33 000 Männer für untauglich erklärt worden. Im Lauf der drei während des Jahres gestarteten Rekrutenschulen schieden zusätzlich 4,5 Prozent aus.

Diese Zahlen sind – entgegen allen «gesellschaftspolitischen» Erklärungen und Beschönigungsversuchen

aus dem VBS – alarmierend. Aber das ganze Malaise hat wohl einen tieferen Hintergrund: Nachdem für viele VBS-Funktionäre und Politiker nicht mehr klar ist, wofür die Armee da ist, nachdem man sie ins Ausland schicken und ihre Kampfkraft auf einen «Aufwuchskern» reduzieren will und nachdem man im VBS offenbar «froh» ist, wenn weniger kommen, dann muss man sich über die massive Abstinenz nicht wundern!

Substanz der Neutralität in der Verfassung verankern:

Nun ist das Parlament gefordert.

Erwartungsgemäss hat der Bundesrat die Forderung von Nationalrat Hans Fehr und von 72 Mitunterzeichnern (Motion 06.3446) nach Verankerung der Substanz der schweizerischen Neutralität in der Bundesverfassung abgelehnt. Die Motionäre verlangen vom Bundesrat einen ausformulierten Text für einen neuen oder revidierten Verfassungsartikel, welcher die Substanz und das besondere Wesen unserer integralen, immerwährenden, bewaffneten Neutralität zum Ausdruck bringt.

In seiner ablehnenden Stellungnahme beschränkt sich der Bundesrat auf schöne Worte wie «Die Deklaration der Neutralität erfolgt von jeher zur Sicherung und zum Schutz der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit». Danach holt er zum einem historischen Rückblick aus und kommt zum Schluss, die Substanz und das Wesen unserer Neutralität seien kürzlich im Zusammenhang mit der Nachführung der Bundesverfassung «überprüft und geklärt» worden. Es gebe keine Gründe, diese Diskussion zu wiederholen.

AUNS-Standpunkt: Es ist nun Sache des Parlamentes, den Bundesrat zur Erfüllung der Motion zu zwingen.

Scheibenwischer. Klarsicht ist nötig.



Entwicklungshilfe wohin?

Der Afrikaner Andrew Mujuni Mwenda warnt in einem Interview in der Basler Zeitung (BaZ) vom 6.12.2006 vor einer «Blankoscheck-Entwicklungshilfe».

«Hört bitte auf, uns zu helfen!», lautet der Titel eines Vortrags, den der Ugander am 8. Dezember 2006 an einem Symposium über Entwicklungshilfe in Basel gehalten hat.

Mwenda hat in London Entwicklungswissenschaften studiert und danach in Uganda für die Weltbank gearbeitet. Später war er Journalist bei der unabhängigen Tageszeitung «Monitor» und hatte eine populäre Radio-Talkshow. Derzeit ist er für ein Jahr wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stanford University in Kalifornien.

«Internationale Entwicklungshilfe nährt die Armut»

(Auszüge, zum Teil gekürzt, aus dem Interview mit Andrew Mwenda, BaZ, 6.12.2006):

BaZ: Warum fordern Sie den Stopp internationaler Entwicklungshilfe?

Mwenda: Ich bin gegen Entwicklungshilfe, weil ich nicht glaube, dass sie eine Antwort auf die Armut in der Welt ist. Ich glaube im Gegenteil, dass Entwicklungshilfe Teil der Faktoren ist,

die die Armut nähren. Afrika hat von 1960 bis 2003 staatliche Entwicklungshilfe in Höhe von 600 Milliarden Dollar bekommen. Gleichzeitig wurde Afrika südlich der Sahara immer ärmer.

Internationale Entwicklungshilfe beruht auf der falschen Annahme, der Grund für Armut sei das fehlende Geld. Dabei ist das Fehlen von Geld eine Form von Armut, nicht aber ihre Ursache.

BaZ: Woran mangelt es dann?

Mwenda: In Entwicklungsländern fehlt der Ansporn, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen anlocken.

BaZ: Warum fehlt dieser Ansporn?

Mwenda: Wenn Sie von einer Bank einen Kredit wollen, müssen Sie beweisen, dass Sie das Geld zurückzahlen können. Sie müssen sich anstrengen, um kreditwürdig zu bleiben. Die internationale Entwicklungshilfe stellt diesbezüglich den gesunden Menschenverstand auf den Kopf: Länder sollen Geld bekommen, weil sie arm sind, und nicht, weil sie es zurückzahlen können. Warum sollte sich eine Regierung anstrengen, wenn es keine Strafe für falsches Verhalten gibt? **Die internationale Entwicklungshilfe ermuntert Regierungen geradezu, den Pfad der schlechten Regierungsführung weiterzugehen.**

BaZ: Um dies zu vermeiden, unterstützen zum Beispiel die offizielle Schweiz, aber auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) Projekte, die direkt der Zivilbevölkerung zukommen.

Mwenda: Ich glaube, viele NGO fördern die Illusion, dass man dank Gaben der internationalen Gemeinschaft reich werden kann. Die Menschen in der Dritten Welt müssen lernen, dass Reichtum das Ergebnis harter Arbeit ist. Hilfe muss den Initiativsten, den Unternehmerischsten gewährt werden.

BaZ: Was würde geschehen, wenn wir Entwicklungshilfe stoppen?

Mwenda: Viele Regierungen in Afrika würden kollabieren. Die Regierenden müssten lernen, dass sie für gute Rahmenbedingungen sorgen müssen. Natürlich gibt es nicht morgen eine gute Regierung, wenn Sie heute die Hilfe einstellen. Die internationale Gemeinschaft muss 50 oder 100 Jahre warten können, bis diese Länder ihren Weg gefunden haben. Die internationale Gemeinschaft aber sagt, wenn wir die Hilfe einstellen, werden die Armen noch mehr leiden. Die Armen haben aber nie etwas gesehen von dieser Hilfe. Regierungen und ihnen Nahestehende haben das Geld gestohlen.

Wir Frauen.

«Ich bin ein echter Patriot»

Für Liebhaber des volkstümlichen Schlagers ist die Baselbieterin Sarah-Jane ein Star. Mit einem Auftritt beim Jubiläumsfest der AUNS wurde sie auch jenseits der Welt der schönen Künste bekannt (gemäss «Die Weltwoche», 21.12.2006)



Weltwoche: Interessieren Sie sich für Politik?

Sarah-Jane: Von der Politik habe ich so viel Ahnung wie eine Kuh vom Klettern.

Ende Oktober waren Sie in Interlaken ...

... ich weiss schon, worauf Sie hinauswollen. Ja, mein Auftritt bei der

